

dabei die entscheidende Rolle bei der inhaltlichen Vor- und Nachbereitung der Besuche zu. Meine juristischen Fähigkeiten sind vor allem bei rechtlichen Recherchen gefragt (z.B. die menschenrechtlichen bzw. grundrechtlichen Anforderungen an die Ausstattung von Gewahrsamszellen; Umfang bzw. Inhalt rechtlicher Belehrungen usw.).

Nach nun mehr als einem Jahr kann ich rückblickend sagen, dass es sich wirklich gelohnt hat, ein wenig länger nach der richtigen Stelle zu suchen. Ich bearbeite ein sehr vielfältiges Aufgabengebiet, das auf spannende Weise das nationale mit dem internationalen Recht verknüpft. Außerdem komme

ich ständig in Kontakt mit interessanten Menschen, lerne viele staatliche Bereiche und auch deren Probleme kennen. Zu guter Letzt will ich auch erwähnen, dass meine Tätigkeit mit vielen Dienstreisen (auch ins Ausland) verbunden ist – eine Tatsache, die ebenso meinen Neigungen entspricht. Letztlich möchte ich andere junge Juristinnen ermutigen, sich bei der Stellensuche in einem so speziellen Bereich ruhig ein wenig Zeit zu lassen. Ich bin mir sicher, dass das Warten am Ende auch mit einer überaus reizvollen, abwechslungsreichen und erfüllenden Tätigkeit belohnt wird.

Arbeitsauftrag: Art. 3 II 2 GG – Universitäre Gleichstellungsarbeit

Lea Junghans

Rechtsassessorin/Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Köln

Bereits in der letzten Referendariatsstation war ich bei der Gleichstellungsbeauftragten der Uni Köln. Danach hatte ich die Wahl: als Juristin in eine städtische Verwaltung zu wechseln oder als wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Gleichstellungsbeauftragten zu bleiben. So ganz leicht war die Entscheidung nicht, denn ich hatte große Bedenken, mich zu sehr „vom Juristischen“ zu entfernen. Auf der anderen Seite stand die Tatsache, dass es – zumindest für mich – einen Sechser im Lotto bedeutete, mit „Frauenrechten“ Geld zu verdienen. Bereits im Studium saß ich in Vorlesungen der Gender Studies, hatte meine Wahlfach-Seminararbeit über den Gender-Mainstreaming-Prozess geschrieben und in der Anwaltsstation monatelang einen „Kopftuchstreit“ sowie andere Diskriminierungsfälle bearbeitet und bin auch privat in diesem Bereich unterwegs.

Da ich keine Erfahrungen in der Projektarbeit, in der Wissenschaftsverwaltung oder der professionellen Gleichstellungsarbeit hatte, gab es in den ersten drei Monaten erst einmal nebenberuflich an der Uni Rostock einen Fernkurs „Qualitätsmanagement in der Öffentlichen Verwaltung“. So kurz nach dem zweiten Staatsexamen Klausuren und die nächste Abschlussarbeit („Qualitätsentwicklung in den Tätigkeiten der Gleichstellungsbeauftragten“) zu schreiben, war ziemlich ernüchternd. Aber Fortbildungen und interdisziplinäre Kenntnisse sind in alternativen juristischen Berufen

unabdingbar; gerade auch im Bereich der „Gender Studies“ ist der wissenschaftliche Anspruch nicht zu unterschätzen.

Über mangelnden juristischen Bezug konnte ich mich jedoch nicht besonders beschweren; so ziemlich jedes Rechtsgebiet hatte ich schon zu bearbeiten. Gerade in den ersten drei Monaten kam ich mir vor wie eine „Feld-Wald-und-Wiesen-Anwältin“. Wie sicherlich jede Juristin in einem Büro voller Nichtjuristinnen musste ich erst einmal nach und nach klar machen, dass es zwar den „Einheitsjuristen“ gibt, aber ich mit meinem Schwerpunkt im Verwaltungs- und Gleichstellungsrecht mir nicht jede Antwort zu Entfristungsklagen, Mutterchutz und Strafrecht aus dem Ärmel schütteln und eine Einarbeitung bei Eventualfragen auch unverhältnismäßig sein kann; zumal es in den Dezernaten hoch spezialisierte Verwaltungsjurist(inn)en gibt. Gerade in einem unabhängigen Organ kann man jedoch die anderen juristischen Kompetenzen der Einrichtung nicht immer in Anspruch nehmen oder muss sich gerade mit diesen um die richtige Gesetzesanwendung streiten. Bereits in den ersten drei Monaten führte ich seitenlange Auseinandersetzungen mit Jura-Professoren über das Landesgleichstellungsgesetz. In traditionellen juristischen Berufen sollte man sicherlich nicht besonders harmoniesüchtig sein; in der Gleichstellungsarbeit jedoch noch viel weniger. Wenn in meiner Arbeit das Gesetz ins Spiel kommt, ist es höchst selten, dass ich nicht zeitgleich den Sinn und die Legitimationen der entsprechenden Normen erklären muss – Gesetz und Rechtsprechung sind selten ausreichende Argumente. Zudem ist das Amt der Gleich-

stellungsbeauftragten ein politisches, so dass man in der Diskussion zumeist nicht als Juristin, sondern als Person hinter der Argumentation stehen muss. Ich merke auch, dass ich auf Ungerechtigkeiten im Gleichstellungsbereich doch mehr erstaunt oder ärgerlich reagiere als ich es in „traditionellen“ Rechtsstreitigkeiten je getan hätte. Daher ist eine ausgeprägte feministische Grundeinstellung unabdingbar; auch wenn Mitarbeitende – insbesondere der Jura-Fakultät – auf diese Einstellung und auch auf den Arbeitsschwerpunkt nicht immer wohlwollend reagieren.

Daneben musste ich zugegebenermaßen erst einmal lernen, andere als juristische Kenntnisse und Fähigkeiten als Kompetenzen anzuerkennen. Häufig hatte ich in den ersten Wochen das Gefühl, dass ich nur etwas geleistet hatte, wenn ich mit Gesetzen oder Urteilen gearbeitet hatte. Die Konzipierung eines Mentoring-Programmes oder die Evaluierung bestimmter Karriereverläufe haben grundsätzlich nichts mit dem zu tun, was im Studium oder Referendariat gelernt wird. Ich gebe es ungern zu, aber einige Male kam das Gefühl auf, meine Ausbildung zu verschwenden und diese ganze Arbeit auch mit einem weniger anstrengenden Studium erledigen zu können. Gerade in der interdisziplinären Arbeit ist dies eine despektierliche und auch ungerechtfertigte Auffassung gegenüber anderen Fachgebieten. Dennoch stellt sich diese Frage wahrscheinlich mehreren Frauen, die direkt nach dem Examen in einen alternativen juristischen Beruf einsteigen und viel nicht-juristische Arbeit zu erledigen haben. Erst mit der Zeit verbuchte ich diese Tätigkeiten unter akademische Arbeit, die im – wenn auch mittelbaren – Zusammenhang mit meiner Ausbildung steht. Dennoch freue ich mich noch immer über jeden Verwaltungsakt, der auf meinem Tisch landet, und über jede Diskussion, die ich mit anderen Jurist(inn)en führen kann. Aber auch die Erkenntnisse der Geschlechterforschung sind in der Gleichstellungsarbeit regelmäßig zu verteidigen und die Aus-

legung von „Gender“ und „Gleichstellung“ mindestens genauso vielfältig wie die von „Treu und Glauben“. Da der universitäre Gleichstellungsprozess zunehmend von dem Streit um Fördermittel, Rankings und Kompetenzlosigkeit determiniert wird, müssen sich gerade die Gleichstellungsbeauftragten mit ihrem gesetzlichen Auftrag, aber auch mit Hilfe der Geschlechterforschung behaupten.

Es dauerte zudem auch mehr als drei Monate, bis ich außerhalb des Gleichstellungsbüros als selbstständige Ansprechpartnerin wahrgenommen wurde. Dafür lief es dann richtig gut: Einladungen zu Vorträgen, Anfragen für Gutachten und Stellungnahmen, Einladungen zu Arbeitsgemeinschaften, Mitarbeit in Netzwerken. Juristische Kompetenzen sind in der Gleichstellungsarbeit gefragt und geschätzt; ohne einen wissenschaftlichen Bezug zur Geschlechterforschung und Genderkompetenz kommt man in der praktischen Gleichstellungsarbeit allerdings nicht weiter. Inhaltlich ist es eine sehr anspruchsvolle und spannende Arbeit. Jedoch muss ich mich mit den prekären Arbeitsbedingungen im Wissenschaftsbetrieb auseinandersetzen, die im Gleichstellungsbereich noch um einiges schlechter sind: innerhalb von acht Monaten unterschrieb ich (zumeist in letzter Sekunde) viermal einen weiteren befristeten Arbeitsvertrag. Erst seitdem habe ich eine Stelle, die zumindest aus einem 5-Jahres-Programm finanziert wird. Zudem wird oft die Arbeitsweise einer Wissenschaftlerin erwartet, die eine Professur anstrebt; dass das Mensch-Sein für manche erst mit W3 beginnt, stellte sich nicht nur als blöder Spruch heraus; Überstunden sind die Regel und erst, nachdem ich mich neben meiner Vollzeitstelle zur Promotion entschlossen habe, lässt sich für mich die reguläre Arbeitszeit einigermaßen einhalten. Dennoch werde ich im Gleichstellungsbereich weiter arbeiten, denn eine bessere Ausschöpfung meiner Kompetenzen und Überzeugungen ist schwer vorstellbar.

Vereinbarkeit von Kind und Karriere bei der Justiz

Dorothea Gaudernack
Staatsanwältin, Augsburg

„Das war sicherlich ein Unfall, oder?“ So der Kommentar meiner Vorgesetzten nach der Geburt meines ersten Sohnes im Jahr 2006. Ein Unfall? Nein: ich war fast 30 Jahre alt, seit einiger Zeit verheiratet und, ich gestehe: Ja! Ich hatte einen Kinderwunsch!

Als ich mit 18 das Jurastudium begonnen hatte, sah ich mich noch als Diplomatin beim Auswärtigen Amt oder im Chanel-Kostüm für wichtige Vertragsverhandlungen um die Welt jetten. Kinderwunsch? Fehlanzeige! Im Studium lernte ich jedoch den Mann kennen, mit dem ich mir vorstellen konnte, Kinder zu haben. Während meiner Referendarstationen bei zwei internationalen Großkanzleien und bei der Bot-

schaft in Rom kam die Ernüchterung und die Erkenntnis, dass die wenigen Frauen mit interessanten Positionen meist keine Kinder hatten. Meine männlichen Ausbilder übrigens schon, aber ihre Frauen waren entweder nicht berufstätig oder im öffentlichen Dienst.

Nach dem Referendariat entschied ich mich also bewusst für die Justiz, weil ich davon ausging, dass sich dort „Kind und Karriere“ am besten verwirklichen ließen. Nachdem ich ca. eineinhalb Jahre als Proberichterin tätig war, bekam ich – keineswegs ungeplant – meinen ersten Sohn. Als er zehn Monate alt war, fing ich mit zwei Drittel der regulären Arbeitszeit wieder an zu arbeiten, allerdings bei einem anderen Gericht, in einem ganz anderen Rechtsgebiet. Obwohl mein Sohn sich in der Krippe wohl fühlte und ich mich darüber freute, meinen Verstand wieder zu betätigen und nicht mehr nur mit anderen